

Österreich zählt Tierschützer zur Mafia

Wohl in keinem anderen EU-Land werden Tierschützer in die Nähe der Mafia gerückt.

In Österreich sitzen zehn Aktivisten ohne Anklage in Untersuchungshaft, weil sie eine «kriminelle Vereinigung» gebildet hätten.

RUDOLF GRUBER/WIEN

Nach monatelanger Überwachung waren die Tierschützer am 21. Mai während einer Polizeirazzia verhaftet worden. Darunter befindet sich auch der Präsident des überaus aktiven «Vereins gegen Tierfabriken» (VgT), Martin Balluch. Bis heute liegt von der Staatsanwaltschaft in Wiener Neustadt keine Anklage vor. Eine höhere Gerichtsinstanz lehnte kürzlich die Haftentlassung mit der Begründung ab, es gebe keine Hinweise, welche die Tatvorwürfe entkräften würden.

«Organisierte Gewaltakte»

Der Ankläger wirft den Tierschützern unter anderem Sachbeschädigung und schwere Nötigung vor. Sie hätten im Laufe der letzten acht Jahre durch organisierte Gewaltakte – unter anderen Stinkbombenanschläge gegen Pelzhändler und Eindringen in Tierfabriken, um Quälereien zu dokumentieren – einen Schaden

von 600 000 Euro verursacht. VgT-Präsident Balluch wird vorgeworfen, selbst eine Jagdhütte in Brand gesteckt zu haben.

Neu und heftig umstritten ist die Anwendung des Paragraphen 278a, in Österreich landläufig als «Mafia-Paragraph» bekannt, auch auf Tierschutzvereine. So stützt sich der Staatsanwalt auf den Passus: «unternehmensähnliche Verbindung einer grösseren Zahl von Personen», die dadurch Bereicherung in grossem Umfang oder erheblichen Einfluss auf Politik oder Wirtschaft anstrebt und die einzuschüchtern versuche. Höchststrafe: fünf Jahre Gefängnis.

Bis ins Parlament

Mit der Gleichsetzung von Tierschutzaktionen mit klassischen Formen der organisierten Kriminalität wie Terrorismus und Drogenhandel steht Österreichs Justiz in der EU wohl einzigartig da. Peter Pilz, Sicherheitssprecher der Grünen, wirft den Behörden Missbrauch und Unverhältnismässigkeit der Mittel vor. Inzwischen hat die Affäre auch das Wiener Parlament beschäftigt: Ein Antrag der Grünen auf Reform des Mafia-Paragraphen wurde kürzlich von der Regierungsmehrheit abgelehnt. Pilz argwöhnt, dass damit auch anderen, regierungsunabhängigen Organisationen der Schneid zu zivilem Ungehorsam genommen werden solle.



Medienbeobachtung AG

St. Galler Tagblatt Gesamtausgabe

21.07.2008

Auflage/ Seite

103399 / 3

Ausgaben

300 / J.

Seite 2 / 2

8475

6537659

Dieser Artikel erschien in folgenden Regionalausgaben:

Titel

Auflage

St. Galler Tagblatt, (Stadt & Region)

40'736

4'851

Toggenburger

15'198

Appenzeller Zeitung

15'014

Wiler Zeitung-Volksfreund

12'400

Der Rheintaler

15'200

Tagblatt (Thurgau)